

Zwischen Chancen und Risiken



Von Ralph Bausinger

Der Titel des Reutlinger Gesprächs war plakativ gewählt: „Arbeit 4.0 – Ende der Sozialsysteme“ hatte Verdi die Veranstaltung überschrieben. Die Bundestagsabgeordneten Michael Donth (CDU), Dr. Martin Rosemann (SPD), Beate Müller-Gemmeke (Bündnis 90/Grüne), Pascal Kober (FDP) und Jessica Tatti (Linke) diskutierten gemeinsam mit Verdi-Bezirksgeschäftsführer Benjamin Stein. Verdi-Pressesprecher Andreas Henke moderierte.

Zuvor hatte Claus Zanker von Input Consulting in das Thema eingeführt. Die Digitalisierung werde das Arbeitsleben verändern, bestimmte Jobs werden verschwinden, neue dafür entstehen.

Dass Deutschland die Arbeit ausgeht, befürchtet keiner der Bundestagsabgeordneten. Die Digitalisierung sei beides – Risiko und Chance, betonte Donth. Der Staat müsse aber die Leute besser auf lebenslanges Lernen und Weiterbildung vorbereiten, um sie für andere, neue Tätigkeiten fit zu machen. Ähnlich sieht dies auch Rosemann. Es sei eine gesellschaftliche Aufgabe, diesen Prozess zu gestalten und die Aufgaben solidarisch zu bewältigen.

Sich auf die Veränderungen vorzubereiten, die mit der Digitalisierung einhergehen, ist auch für Pascal Kober eine wichtige Herausforderung. Schließlich stehe Deutschland in einem „weltweiten Wettbewerb um den Wohlstand der Zukunft“. Allerdings habe hier Deutschland (und Europa) den Anschluss verpasst. Der Großteil der Wertschöpfung werde in den USA und in China generiert, sagte der sozialpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion.

Für Beate Müller-Gemmeke ist es wichtig, die Arbeitsbedingungen an die neue digitale Welt anzupassen. Darüber hinaus wünscht sie sich eine ethische Debatte, ob alle Möglichkeiten der Digitalisierung auch ausgeschöpft werden sollten: „Wollen wir Roboter in der Pflege?“

Die Politik müsse den drohenden Risiken etwas entgegensetzen, unterstrich Jessica Tatti, die ein Recht auf Weiterbildung für Arbeitnehmer verlangt. Das neue Qualifizierungschancengesetz reiche hierfür nicht aus. Die Bundestagsabgeordnete der Linken forderte zudem gesetzliche Regelungen, damit sich Unternehmen nicht aus dem Sozialsystem zurückziehen. Und sie warnte davor, dass die Digitalisierung zu einer Machtverschiebung zugunsten großer Konzerne führen könne.

Ein deutlicher Dissens unter den Abgeordneten trat bei der Frage hervor, ob das Arbeitszeitgesetz (AZG) gelockert werden soll. Während sich Donth klar für eine Veränderung aussprach und auf die Notwendigkeiten in der Gastronomie verwies, lehnten Müller-Gemmeke, Rosemann und Tatti dies ab. Das AZG sei bei weitem nicht so starr, wie behauptet werde. „Die Politik muss den Gesundheitsschutz des Menschen im Blick haben.“ Niemand könne ihr erzählen, dass er nach zehn Stunden Arbeit noch produktiv sei, sagte Müller-Gemmeke.

Für Rosemann ist klar, dass die Schutzbestimmungen für Arbeitnehmer auch in einer digitalen Welt gelten müssten. Darüber hinaus sei es nicht der Staat, sondern die Tarifpartner, welche die Arbeitszeiten in Tarifverträgen vereinbaren. Auch Kober möchte die Regelung den Tarifpartner in den einzelnen Branche überlassen. Hier widerspricht Jessica Tatti. Die Abgeordnete der Linken lehnt eine Aufweichung des AZG ab und plädiert stattdessen für eine bessere und gerechtere Verteilung der Arbeit. Eine Ausweitung der Arbeitszeit sei für die Gewerkschaften nicht akzeptabel, ergänzte Stein. Hier gehe es nicht nur um den Schutz der Beschäftigten, sondern auch, wenn man beispielsweise den Pflegebereich betrachte, auch um den Schutz der Gepflegten.

Um die Sozialsysteme zu sichern, müsse man deren Finanzierung auf eine breitere Basis stellen, sagte Rosemann, der auch Selbstständige in die Rentenversicherung mit aufnehmen möchte. Und Beate Müller-Gemmeke forderte eine Bürgerversicherung, in die alle – inklusive Beamte – solidarisch mit einzahlen.